

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz		Sitzungsprotokoll L-21 Christian Dreyer	
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag: <b>03.08.2017</b>	Sitzungsbeginn: <b>16.30 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17.45 Uhr</b>	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert			

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gesundheits-Kostenverordnung	L-90-19
TOP 3	Aufstellung der Haushalte 2018/2019	L-91-19
TOP 4	Schwerpunkte GMK 2017	mündlicher Bericht
TOP 5	Verschiedenes	

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>
<b><u>Beschluss (einstimmig):</u></b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.	

<b>TOP 2</b>	<b>Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gesundheits-Kostenverordnung (Vorlage L-90-19)</b>
<p><b>Herr Staatsrat Kück</b> führt in die Vorlage ein und erläutert, dass die Gebühren für die qualifizierte Leichenschau vom Institut für Rechtsmedizin unter Berücksichtigung der Personal- und Sachkosten für 2017 und 2018 in Höhe von 187 EURO pro Einzelfall kalkuliert wurden.</p> <p><b>Herr Hinners (CDU)</b> erkundigt sich danach, ob bei der Kalkulation auch eine Vergleichsberechnung dahingehend angestellt wurde was es kosten würde, eine qualifizierte Leichenschau <u>immer</u> am Auffundort der Leiche durchzuführen.</p> <p><b>Herr Staatsrat Kück</b> teilt mit, dass eine derartige Vergleichsberechnung nicht angestellt wurde, da die Konzeption des neuen Gesetzes über das Leichenwesen eine andere ist und eine qualifizierte Leichenschau gerade <u>nicht immer automatisch</u> am Auffundort der Leiche durchzuführen ist. Eine solche Vergleichsberechnung könne im Rahmen der später vorzunehmenden Evaluation vorgenommen werden.</p>	

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** betont noch einmal die Wichtigkeit der Evaluation und führt aus, dass nicht der Eindruck entstehen soll, dass bei der jetzigen Regelung zur qualifizierten Leichenschau Kostengründe im Vordergrund gestanden haben.

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Gesundheits-Kostenverordnung zu.

**TOP 3    Aufstellung der Haushalte 2018/2019  
(Vorlage L-91-19)**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt einstimmig, dass TOP 3 der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und TOP 2 der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz zusammen beraten werden.

**Herr Staatsrat Kück** führt in die Vorlage ein und betont, dass im Haushaltsentwurf 2018/2019 1,2 Millionen EURO wiederum für Maßnahmen im Bereich der Psychiatrie veranschlagt sind.

Herr Staatsrat Kück teilt mit, dass trotz der zu beachtenden PEP-Quote temporäre Mittel im Umfang von 3,5 Stellen verstetigt werden konnten. Zusätzlich konnte nach den Ausführungen von Herrn Staatsrat Kück die Finanzierung von 3 Stellen für Kolleginnen und Kollegen gesichert werden, die im Rahmen der Personalumsteuerung von der GeNo ins Ressort gewechselt sind. Besonders hervorzuheben sei die Veranschlagung von Mitteln für den Einstieg in die Schulgeldfreiheit.

Für den Bereich „Verstärkungsmittel“ wurden laut Herrn Staatsrat Kück durch das Ressort Mittelbedarfe für die „Humanitäre Sprechstunde“, für das Projekt „Verbraucherzentrale vor Ort“ sowie für zusätzliches Personal im Bereich der Gewerbeaufsicht und des Landesuntersuchungsamts für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin (LUA) angemeldet.

Herr Staatsrat Kück weist im Übrigen auf die Stellungnahme des Personalrats der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Haushaltshaltsaufstellung 2018/19 hin und teilt mit, dass diese als Anlage zum Protokoll gegeben wird.

**Frau Dehne (SPD)** bedankt sich für die Einführung und betont, dass trotz der angespannten Haushaltslage ein gut gelungener Haushalt vorgelegt werden konnte. Insbesondere im Bereich der Weiterentwicklung der Psychiatrie ist nach den Ausführungen von Frau Dehne die weitere Finanzierung wichtig. Frau Dehne begrüßt zudem die leichte Erhöhung der Beschäftigungszielzahlen. Auch die Mittel für den Einstieg in die Schulgeldfreiheit, die Mittel für die Frühintervention bei Drogen und die Mittel für die Gesundheitsfachkräfte an Schulen werden von Frau Dehne positiv hervorgehoben. Frau Dehne begrüßt zudem die Anmeldung der Mittelbedarfe im Bereich „Verstärkungsmittel“ durch das Ressort.

**Frau Dertwinkel (CDU)** teilt mit, dass die Fraktion der CDU dem Doppelhaushalt nicht zustimmen kann, da dieser erhebliche strukturelle Mängel aufweist, die sich systematisch durch alle Bereiche ziehen. Es werden nach den Ausführungen von Frau Dertwinkel keine Änderungsanträge zu den einzelnen Bereichen seitens der Fraktion der CDU eingebracht, da der Haushalt durch einzelne Verschiebungen nicht „gerettet“ werden kann. Vielmehr sind nach Ansicht von Frau Dertwinkel systematische Verschiebungen notwendig. Frau Dertwinkel führt aus, dass es an Investitionstätigkeit und Investitionswillen mangelt und eine falsche Schwerpunktsetzung/Gewichtung erfolgt.

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** betont, dass es trotz der angespannten Haushaltssituation gelungen ist, gestalterische gesundheitspolitische Schwerpunkte zu setzen. Als besonders wichtig für die gesundheitliche Versorgung in der Zukunft hervorzuheben ist nach den Ausführungen von Frau Dr. Kappert-Gonther der geplante Einstieg in die Schulgeldfreiheit. Zu begrüßen sei auch die Fortschreibung der Investitionen sowie die Mittel für die Gesundheitsfachkräfte an Schulen. Auch die Entwicklung eines dezentralen Verbraucherschutzes wird von Frau Dr. Kappert-Gonther positiv erwähnt.

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** teilt mit, dass es einige Schwerpunktsetzungen in dem Haushalt gibt, die von der Fraktion der FDP geteilt werden – z.B. der geplante Einstieg in die Schulgeldfreiheit, die Weiterentwicklung der Psychiatriereform oder auch die Entkriminalisierung von Cannabis. Bei einer anzustellenden Gesamtschau wird die Fraktion der FDP nach den Ausführungen von Herrn Dr. Dr. Buhlert aber Änderungsanträge stellen und gegebenenfalls andere Schwerpunkte setzen. Daher kündigt Herr Dr. Dr. Buhlert für die Fraktion der FDP bei der Abstimmung Enthaltung an.

**Herr Erlanson (DIE LINKE)** teilt mit, dass viele der Schwerpunktsetzungen in dem Haushalt von der Fraktion DIE LINKE mitgetragen werden. Herr Erlanson ist aber auch der Meinung, dass man für einige Schwerpunkte noch mehr Geld hätte veranschlagen können – z.B. wären weitere Mittel für die Humanitäre Sprechstunde, d.h. nicht lediglich 20.000 EURO, und mehr Investitionsmittel für die kommunalen Kliniken angebracht.

**Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass der Haushalt die Notwendigkeit von Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen anerkennt und begrüßt die weiteren Mittel für das Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin. Herr Saffe erwähnt positiv die Mittelausstattung der Verbraucherzentrale sowie das Projekt „Verbraucherzentrale vor Ort“.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** erläutert zur Humanitären Sprechstunde, dass die veranschlagten Mittel in Höhe von 20.000 EURO lediglich Sachmittel sind. Daneben werden nach den Ausführungen von Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt Personalmittel über das Gesundheitsamt eingebracht – diese sind in einem anderen Titel verortet. Die Finanzierung der Humanitären Sprechstunde wird zudem über die beantragten Verstärkungsmittel gestützt.

**Beschluss ( zu 2. mehrheitlich, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP):**

1. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Haushaltsentwürfe 2018 und 2019 für den Produktplan Gesundheit zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz bestätigt die Feststellungen zur Darlegung der Zulässigkeit der Ausgaben nach Art. 131 a BremLV.

**TOP 4 | Schwerpunkte GMK 2017**

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** berichtet zu den inhaltlichen Schwerpunkten der 90. Gesundheitsministerkonferenz (GMK) in Bremen. Zentrale Themen, die auch durch das Land Bremen akzentuiert wurden, waren dabei laut Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt unter anderem

- die gesundheitliche Versorgung älterer Menschen. Die GMK schlägt vor, dass verbindliche Leitlinien als Handlungsrahmen für eine stärker evidenzbasierte Versorgung von älteren mehrfach erkrankten Menschen entwickelt werden.
- die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die GMK begrüßt, dass die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Fokus vieler Studien steht, die sich mit dem Gesundheitsstatus und den Lebensbedingungen befassen. Vor diesem Hintergrund spricht sich die GMK dafür aus, die vorliegenden Daten und Erkenntnisse zu nutzen, um die Situation von Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslagen zu verbessern. Zu nennen sei hier das Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ sowie die Präventionsangebote in den Lebenswelten, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen. Dazu zählen außerdem die Fortführung des verbindlichen Einladungsbescheides für kindliche Vorsorgeuntersuchungen sowie die Impf-Beratungspflicht vor Aufnahme in eine Kindertagesstätte. Außerdem sieht die GMK den Kampf gegen Übergewicht und Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen als dringend erforderlich an.

Ein weiteres Thema der Gesundheitsministerkonferenz, so Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt, stellte außerdem die Novellierung der Gesundheitsfachberufe (Logopäden, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Diätassistenten) dar. Eine Bund-Länder-Gruppe solle bis Ende 2019 einen Aktionsplan für eine bedarfsorientierte Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen erarbeiten. Auch bei der Novellierung des Hebammengesetzes geht es nach den Ausführungen von Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt darum, die Ausbildung den neuen akademischen Anforderungen anzupassen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt teilt zudem mit, dass sich die GMK auch mit der Notfallversorgung durch Krankenhäuser beschäftigt hat.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den mündlichen Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.

**TOP 5 | Verschiedenes**

- **Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** erkundigt sich nach dem erbetenen Bericht zur Umsetzung des Präventionsgesetzes sowie zu dem erbetenen Bericht zur Umsetzung des 10-Punkte Aktionsplans Psychiatrie.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** antwortet, dass der Bericht zur Umsetzung des Präventionsgesetzes zur nächsten Sitzung vorgelegt werden kann. Der Bericht zur Umsetzung des 10-Punkte Aktionsplans Psychiatrie könne voraussichtlich zur Sitzung im Oktober oder im November vorgelegt werden.

- **Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass es bei der GeNo Planungen gebe, einen zentralen Ort für die Sterilisation der medizinischen Geräte zu

schaffen. Frau Dr. Kappert-Gonther bittet hierzu um einen Sachstandsbericht sowie um Mitteilung, welche Wirtschaftlichkeitsberechnungen in die Entscheidungen mit eingeflossen sind. Hintergrund der Fragestellung sei, ob bei der Einführung eines zentralen Ortes für die Sterilisation der medizinischen Geräte unter dem Strich ggf. mehr Geräte aufgrund der anfallenden Transportwege vorgehalten werden müssten.

- **Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)** bittet um Mitteilung, wann die nächste Sitzung des Tierschutzbeirats stattfinden wird.

**Herr Staatsrat Kück** teilt mit, dass, wie bereits am 06.06.2017 von Frau Dr. Hanke im Rahmen der 20. Sitzung der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz erläutert wurde, die nächste Sitzung nach wie vor für den Herbst 2017 geplant ist.

- **Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** weist darauf hin, dass sich der ursprünglich geplante Termin für die Haushaltssondersitzung der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz am 07. September mit der heutigen Sitzung erledigt hat.
- **Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)** erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zu mit Fipronil belasteten Eiern.

**Herr Dr. Lenz (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)** teilt mit, dass die Rückrufaktion und die Begleitung der Rückrufaktion durch den Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LMTVet) derzeit laufen.

---

Vorsitzender

---

Protokollführer

**Anlage:**

Stellungnahme des Personalrats der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Haushaltshaltsaufstellung 2018/19 (TOP 3)